



• • • • •

# NEUE FINANZIERUNGSANSÄTZE

Zur Stärkung von Zivilgesellschaft im Globalen Süden



# INHALT

<b>Einführung .....</b>	<b>3</b>
<b>Welche Rolle spielt die Zivilgesellschaft für VENRO? .....</b>	<b>3</b>
<b>Wie sieht die Zusammenarbeit zwischen Süd- und Nord-NRO für VENRO aus?.....</b>	<b>4</b>
<b>Wie kann Zivilgesellschaft aus dem Globalen Süden besser finanziert werden?.....</b>	<b>5</b>
<b>Mitgliedsorganisationen .....</b>	<b>10</b>
<b>Impressum.....</b>	<b>12</b>

# EINFÜHRUNG

Die Zivilgesellschaft gewinnt für die deutsche Entwicklungspolitik in Zeiten globaler autokratischer Tendenzen mehr und mehr an Bedeutung. Wir begrüßen, dass das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) im Kontext einer dekolonialisierten und feministischen Entwicklungspolitik anstrebt, NRO finanziell besser auszustatten und dieses Ziel in einer neuen Strategie zur Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft verankern will.

Die staatliche Förderung trägt wesentlich dazu bei, entwicklungspolitische Partnerschaften von deutschen Nichtregierungsorganisationen (NRO) und NRO im Globalen Süden zu stärken.

Dieses Positionspapier macht konkrete Vorschläge, wie dekoloniale und feministische Ansätze in der staatlichen Förderung von Zivilgesellschaft weltweit verstärkt werden können.

## WELCHE ROLLE SPIELT DIE ZIVILGESELLSCHAFT FÜR VENRO?

Zivilgesellschaft in Deutschland und weltweit verfolgt das Ziel, universale Menschenrechte sowie soziale und ökologische Gerechtigkeit durch- und umzusetzen, das friedliche Zusammenleben von Gemeinschaften zu stärken und die natürlichen Lebensgrundlagen zu bewahren. Die Zivilgesellschaft versucht, Probleme zu lösen, die von staatlichen Institutionen nicht ausreichend bewältigt werden. Dabei flankiert und ergänzt sie auch staatliches Handeln, ist Mittler und ermöglicht gesellschaftliche Teilhabe. Sie fördert gute Regierungsführung und stellt sich autokratischen Entwicklungen entgegen. In Notlagen spielt sie eine zentrale Rolle bei der Bereitstellung effizienter und prinzipienbasierter Hilfe. Insofern geht Zivilgesellschaftsförderung deutlich über die Ziele einzelner

Projektvorhaben hinaus. Vielmehr soll staatliche Unterstützung (auch aus Deutschland) die Arbeit einer aktiven und kritischen Zivilgesellschaft erleichtern, bewahren und sie befähigen.

Es gehört auch zur Arbeit zivilgesellschaftlicher Akteur\_innen, patriarchale Strukturen zu überwinden. Allerdings ist die Arbeit in diesem Bereich weltweit stark unterfinanziert. Insgesamt werden nur 1,4 Prozent der genderfokussierten Mittel der *Official Development Assistance* (ODA<sup>1</sup>) dazu genutzt, lokale Frauenrechtsorganisationen zu unterstützen. Im Haushaltstitel Private Träger liegt der Anteil der Vorhaben mit dem Hauptziel Geschlechtergerechtigkeit derzeit bei rund zehn Prozent. Damit ist er fünfmal so hoch wie in der

1 ODA = Official Development Assistance (öffentliche Entwicklungsleistungen gemäß OECD-Standards)

bilateralen Entwicklungszusammenarbeit.<sup>2</sup> Besonders Vertreter\_innen und Mitstreiter\_innen von Frauenrechtsorganisationen und marginalisierten Gruppen müssen gemäß des 3R-Prinzips (Rechte, Ressourcen und Repräsentanz) zusätzlich unterstützt werden.

Weitere Informationen: CONCORD (2023): *Funding local women's rights organisations for transformative change*: ↘ <https://concordeurope.org/resource/funding-local-womens-rights-organisations-for-transformative-change/>

## WIE SIEHT DIE ZUSAMMENARBEIT ZWISCHEN SÜD- UND NORD-NRO FÜR VENRO AUS?

Das Leitbild zivilgesellschaftlicher Arbeit skizzieren die acht Istanbul-Prinzipien<sup>3</sup>, die 2010 im Sinne einer lokal geführten und solidarischen Zusammenarbeit von der internationalen Zivilgesellschaft erarbeitet wurden. Alle VENRO-Mitgliedsorganisationen bekennen sich zu diesen Prinzipien und haben sie in den VENRO-Leitlinien für entwicklungspolitische Projekt- und Programmarbeit verankert.<sup>4</sup> Geschlechtergerechtigkeit, das kritische Hinterfragen von Machtverhältnissen und ein vertrauensvolles Partnerschaftsverständnis sind zentrale Elemente unserer Leitlinien.

Weitere Informationen: VENRO (2020): *Wie aus guten Absichten wirksame Projekte werden*: ↘ [https://venro.org/fileadmin/user\\_upload/Dateien/Daten/Publikationen/VENRO-Dokumente/venro-handreichung-leitlinien-20205-UA.pdf](https://venro.org/fileadmin/user_upload/Dateien/Daten/Publikationen/VENRO-Dokumente/venro-handreichung-leitlinien-20205-UA.pdf)

Die Zusammenarbeit zwischen Nord- und Süd-NRO ist Ausdruck internationaler Solidarität und fördert die Auseinandersetzung mit globalen Angelegenheiten. Grenzüberschreitende Solidarität ist außerdem ein wichtiger Baustein, um die Ziele für nachhaltige Entwicklung (*Sustainable Development Goals/SDG*) umzusetzen. Gemeinsame Vorhaben fördern einen reziproken Wissensaustausch, um globale Krisen zu bewältigen. Sie tragen dazu bei, Perspektiven aus dem Globalen Süden in die gesellschaftlichen und politischen Diskurse in Europa einzubringen – wie beispielsweise beim Lieferkettengesetz. Im Zuge der globalen Demo-

2 BMZ (2022): Bericht des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zu gender-spezifischen Vorhaben im Rahmen einer feministischen Entwicklungszusammenarbeit an den Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages.

3 CPDE (2010): Istanbul Principles for CSO Development Effectiveness: ↘ <https://csopartnership.org/resource/istanbul-principles-for-cso-development-effectiveness/>

4 VENRO (2019): Leitlinien für entwicklungspolitische Projekt- und Programmarbeit: ↘ <https://venro.org/publikationen/detail/venro-leitlinien-fuer-entwicklungspolitische-projekt-und-programmarbeit>

kratiekrise gewinnt die zivilgesellschaftliche Zusammenarbeit zusätzlich an Bedeutung. Denn dem *Atlas der Zivilgesellschaft* zufolge leben mittlerweile 85 Prozent der Weltbevölkerung in Ländern, in denen die Zivilgesellschaft beschränkt, unterdrückt oder geschlossen ist.<sup>5</sup> NRO-Partnerschaften spielen außerdem eine wichtige Rolle dabei, ungleiche Machtstrukturen innerhalb von und zwischen Ländern zu überwinden. In den Jahren 2016 bis 2019 ist der Anteil an Vorhaben im Titel Private Träger, die *Advocacy*-Arbeit verfolgen, von rund 45 auf 70 Prozent gestiegen.

*Weitere Informationen: VENRO (2021): Wir mischen uns ein – NRO-Report: ↘ <https://venro.org/publikationen/detail/advocacy-arbeit-in-der-zivilgesellschaftlichen-entwicklungszusammenarbeit>*

Die zivilgesellschaftliche Zusammenarbeit ist nicht frei von Machtasymmetrien oder von patriarchalen, kolonial geprägten und rassistischen Denkmustern. Es bleibt eine fortwährende Aufgabe zivilgesellschaftlicher Vertreter\_innen, koloniale Kontinuitäten aufzuarbeiten und zu überwinden, und zwar sowohl innerhalb der Zivilgesellschaft als auch in der Politik.

*Weitere Informationen: VENRO (2022): Shifting Power – NRO-Report: ↘ <https://venro.org/publikationen/detail/shifting-power>*

## WIE KANN ZIVILGESELLSCHAFT AUS DEM GLOBALEN SÜDEN BESSER FINANZIERT WERDEN?

Grundsätzlich ist es wünschenswert, die Bedarfe der Zivilgesellschaftsfinanzierung so lokal wie möglich abdecken zu können. Die Realität zeigt aber, dass dies in den meisten Ländern nicht der Fall ist. Dies liegt an ungleichen Machtverhältnissen und nicht gerecht verteilten Ressourcen sowie am fehlenden politischen Willen. Alle Versuche, mit entwicklungspolitischen Finanzierungsinstrumenten an diesen Problemen zu arbeiten, sind insofern suboptimal. Unter den gegebenen Möglichkeiten aber sind sie meist die einzigen Lösungsmöglichkeiten.

Deutlich äußern NRO aus dem Globalen Süden ihren Bedarf an besseren und zahlreicheren Zugängen zu Finanzierungsmöglichkeiten aus dem Globalen Norden, um ihre angestrebten Wirkungen erreichen zu können.

Die staatliche Entwicklungspolitik muss diesem Wunsch nach **mehr und besseren Finanzierungsmöglichkeiten** aus dem Globalen Süden nachkommen.

<sup>5</sup> Brot für die Welt, Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung e. V. (Hrsg.): *Atlas der Zivilgesellschaft 2023: Gefährlicher Beistand* ↘ <https://www.brot-fuer-die-welt.de/themen/atlas-der-zivilgesellschaft/>

## Bewährter Partnerschaftsansatz

Die bestehenden deutschen Fördersysteme kooperativer zivilgesellschaftlicher Süd-Nord-Partnerschaften – wie etwa im Haushaltstitel Private Träger oder bei der Sozialstrukturförderung – haben sich bewährt und sollten deshalb weiter gestärkt werden. Der dezentrale Ansatz und das hohe Maß an zivilgesellschaftlicher Autonomie in den bestehenden Förderinstrumenten bergen Vorteile. Darauf kann eine zukunftsfähige Zivilgesellschaftsförderung aufbauen, wenn sie partnerschaftlich und partizipativ ausgerichtet ist und unmittelbar mit benachteiligten Menschen und Gruppen zusammenarbeitet. Für die Förderlandschaft sind gleichzeitig weitere Anstrengungen erforderlich, um Finanzmittel unbürokratischer und flexibler bereitstellen zu können. Es fehlt außerdem an projektungebundener Finanzierung (*Core Funding*), die gezielt dazu beiträgt, entwicklungs-wichtige Organisationen zu stärken.

## Schutz des Initiativrechts

Das Initiativrecht ist ein elementarer Bestandteil für die entwicklungspolitische Zivilgesellschaftsförderung. Die Möglichkeit, unabhängig von staatlichen Themenvorgaben zu arbeiten, ist ein wesentlicher Garant dafür, dass die staatliche Förderung im Sinne eines feministischen und dekolonialen Ansatzes die lokalen zivilgesellschaftlichen Bedarfe respektiert und sie nicht nach den politischen Prioritäten des Globalen Nordens ausgerichtet wird. Ein hohes Maß an Autonomie sowie das Subsidiaritätsprinzip stärken die Zivilgesellschaft in ihrer Selbstorganisation. Auf diese Weise können eine hohe Diversität und ein breites Themenspektrum erhalten bleiben.

## Direktfinanzierung darf Zivilgesellschaft nicht schwächen

Das Instrument der „Direktfinanzierung“ muss im entwicklungspolitischen Kontext gesondert betrachtet und reflektiert werden. Denn die Vergabe von Fördermitteln vonseiten staatlicher Institutionen wie Botschaften, die Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) oder die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) an die Zivilgesellschaft im Globalen Süden kann ungleiche Machtverhältnisse eher festigen als abbauen. Die bei einer Direktfinanzierung häufig angewandten Ausschreibungen (*Calls for Proposals*) widersprechen in der Regel dem Initiativrecht. Oft sind sie mit hohen Anforderungen verknüpft, die nur wenige Organisationen erfüllen können. Ausschreibungsverfahren können dazu führen, dass zivilgesellschaftliche Organisationen eher zu Durchführungsorganisationen für staatliche Politik werden. Eine Zivilgesellschaft als kritisches Gegenüber kann nicht beauftragt werden. Eine solche Vereinnahmung würde die Kernziele feministischer und dekolonialer Entwicklungspolitik ins Gegenteil verkehren.

## Entwicklungspolitische Bildungsarbeit als wichtiger Baustein

Die entwicklungspolitische Bildungs- und Informationsarbeit im Inland ist ein wichtiger Baustein, um eine dekoloniale und feministische Entwicklungszusammenarbeit umzusetzen. Sie unterstützt zivilgesellschaftliche Organisationen dabei, Bildungsangebote über patriarchale, rassistische und koloniale Strukturen in Deutschland und weltweit zu konzipieren.

## Unsere Forderungen

### 1. Ausweitung der Zivilgesellschaftsförderung.

Zum Schutz von Menschenrechten und zur Stärkung von Demokratie, Geschlechtergerechtigkeit und nachhaltiger Entwicklung sollte das BMZ der Förderung der Zivilgesellschaft einen höheren Stellenwert einräumen. Derzeit werden nur etwa sieben Prozent der deutschen ODA-Mittel für die Zivilgesellschaft aufgewendet. Der OECD<sup>6</sup>-Durchschnitt hingegen liegt bei 15 Prozent.

In den bestehenden zivilgesellschaftlichen Fördertiteln werden aufgrund der Anteilsfinanzierung mehr Mittel an Süd-NRO weitergeleitet als das BMZ sie zur Verfügung stellt. Die Partnerorientierung steht dabei von Anfang an im Mittelpunkt der Förderung. Mit den zivilgesellschaftlichen Fördertiteln werden außerdem kleine Organisationen dabei unterstützt, ihre Arbeit zu professionalisieren und ihre Wirkungen zu skalieren.

Die verfügbaren Haushaltsmittel für zivilgesellschaftliche Auslandsvorhaben sollten bis 2030 um jährlich mindestens 20 Millionen Euro erhöht werden.

Zusätzlich sollte die entwicklungspolitische Inlandsarbeit bis zum Ende der 20. Legislaturperiode auf 70 Millionen Euro erhöht werden. Dabei sollten verstärkt Kooperationen mit Partnerorganisationen aus dem Globalen Süden ermöglicht werden. Auch der entwicklungspolitische Austausch- und Freiwilligendienst sollte mit weiteren Finanzmitteln ausgestattet werden, um den dekolonialen Süd-Nord-Austausch auszubauen.

Um den Förderansatz für NRO aus dem Globalen Süden transparenter zu gestalten, sollten

Informationen über die deutsche Zivilgesellschaftsförderung und ihre Akteur\_innen leichter zugänglich und in mehreren Sprachen verfügbar gemacht werden.

- ### 2. Aufbau eines Fonds zur Bereitstellung von Core Funding für NRO aus dem Globalen Süden.
- Zivilgesellschaftliche Organisationen sind für Pluralität, Rechtsstaatlichkeit und den Schutz von Demokratie essenziell. Deshalb sind langfristige und umfassendere Finanzierungsansätze erforderlich, die direkt in zivilgesellschaftliche Kapazitäten investieren. Derzeit gilt fast die gesamte öffentliche Förderung zivilgesellschaftlicher Arbeit der Umsetzung kurzfristiger Projekte. In der Folge müssen NRO aus dem Globalen Süden viel Zeit und Kapazitäten darauf verwenden, ihre Tätigkeiten so zu gestalten, dass sie den Laufzeiten und unterschiedlichen Logiken der Geberorganisationen entsprechen. Dies mindert ihre zeitlichen Kapazitäten, die benötigt werden, um die Kernaufgaben einer Organisation zu erfüllen, sich strategisch weiterzuentwickeln oder sich an veränderte gesellschaftspolitische Umstände anzupassen.

Ein Instrument, das die Kernfunktionen von NRO (*Core Funding*) finanziert, kann die Zivilgesellschaft im Globalen Süden effektiv und direkt unterstützen. Studien belegen die Effektivität von langfristigen und flexiblen Finanzierungsmechanismen für zivilgesellschaftliche Organisationen. Ein solches Finanzierungsinstrument für *Core Funding*, das niedrigschwellig projektungebundene Gelder für NRO bereitstellt, wäre international eine Innovation. Dies würde die Zivilgesellschaft im Globalen Süden strukturell stärken und die Arbeit in *Shrinking-Space*<sup>7</sup>-Kontexten erleichtern. In die Ausgestaltung und Umsetzung eines solchen Instruments müssen Vertreter\_innen der Zivilgesellschaft aus Nord und Süd eingebunden werden.

6 OECD = Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

7 *Shrinking Spaces*: Schrumpfende Handlungsräume der Zivilgesellschaft

3. **Beteiligung an bestehenden zivilgesellschaftlichen Finanzierungsmechanismen**, um gezielt feministische und intersektional arbeitende *Grassroots*-Organisationen im Globalen Süden zu unterstützen. Studien zeigen, dass die Arbeit feministischer Organisationen deutlich unterfinanziert ist.<sup>8</sup> Indem sie bestehende Organisationen und Netzwerke aus dem Globalen Süden gezielt unterstützt, kann die Bundesregierung dazu beitragen, die feministische Zivilgesellschaft im Globalen Süden zu stärken. Entsprechende Mittel müssen zusätzlich zur bestehenden Zivilgesellschaftsförderung im Rahmen eines eigenen Programmes bereitgestellt werden. Das Initiativrecht in den bestehenden Fördersystemen dürfen sie nicht einschränken. Als geeignete Fonds kommen beispielsweise in Frage: *African Women's Development Fund*, *Black Feminist Fund*, *Young Feminist Fund* – *FRIDA*, *Civicus Solidarity Fund*, *Global Equality Fund*, *Leading from the South*, *Mama Cash*, *Purposeful* oder der *Urgent Action Fund Africa* sowie kleinere, regional ausgerichtete Fonds wie *XOESE Fund for Francophone Women*.
4. **Umfassende Entbürokratisierung der Fördervoraussetzungen** für zivilgesellschaftliche Akteur\_innen. Maßnahmen zur Entbürokratisierung verbessern den Zugang zu Fördermitteln für marginalisierte Gruppen und reduzieren den Eurozentrismus bestehender Regelwerke. Auch die OECD fordert von ihren Mitgliedern mehr Anstrengungen, die administrativen Anforderungen für zivilgesellschaftliche Organisationen zu verringern.<sup>9</sup> Außerdem sollten diese Anforderungen mit anderen Geberländern harmonisiert werden. Derzeit müssen geförderte zivilgesellschaftliche Organisationen

im Globalen Süden meist sehr unterschiedliche und teilweise widersprüchliche Regelwerke beachten. So akzeptiert die deutsche öffentliche Finanzierung beispielsweise keine Reisekostenpauschalen oder Vertragsverhältnisse, in denen ortsübliche Sonderzahlungen wie etwa solche anlässlich religiöser Feste vorkommen.

Um die Transparenz der Mittelverwendung in anderen Weltregionen zu steigern und den administrativen Aufwand zu reduzieren, sind aus unserer Sicht auch Änderungen in der Bundeshaushaltsordnung (BHO) erforderlich. Es sollten innovative Formen der Wirkungs- und Mittelverwendungsprüfung erprobt werden, die sich stärker an den Arbeitsrealitäten vor Ort orientieren.

Weitere Maßnahmen zur Entbürokratisierung und ein auf 90 Prozent erhöhter Förderanteil können darüber hinaus für mehr Diversität der Zivilgesellschaftsförderung sorgen. Sie können zudem zusätzliche Expertise – wie etwa die von Frauenrechtsorganisationen oder migrantisch-diasporischen Organisationen – besser einbinden und fördern, um transformative Prozesse umzusetzen.

5. **Aufbau und Unterstützung von lokalem Fundraising**. Diesbezügliche Ausgaben sollten zuwendungsfähig werden. So können Partnerorganisationen besser darin unterstützt werden, die eigene Mitteleinwerbung aufzubauen oder zu verbessern.

8 CONCORD (2023): Funding local women's rights organisations for transformative change. ↘ <https://concord-europe.org/resource/funding-local-womens-rights-organisations-for-transformative-change/>

9 OECD (2020): Overview: Enabling civil society through effective development co-operation, in Development Assistance Committee Members and Civil Society, OECD Publishing, Paris. ↘ <https://www.oecd-ilibrary.org/docserver/f2aef4ad-en.pdf?expires=1679993939&id=id&accname=quest&checksum=B7CA7FC71CAF-30D26E203B605536789B>

6. **Flexibilisierung der Förderung in *Shrinking-Space*-Kontexten.** Die neue BMZ-Strategie für eine feministische Entwicklungspolitik erkennt an, dass zivilgesellschaftliche Aktivitäten von Einschränkungen in autoritär geführten Staaten stark beeinträchtigt sind. Davon ist dem *Atlas der Zivilgesellschaft* zufolge besonders die feministische Zivilgesellschaft betroffen. Menschen, die sich für die Rechte sexueller Minderheiten einsetzen, sind besonders häufig mit Repression und Gewalt konfrontiert. Deshalb, so die Strategie, muss es „[...] Teil einer feministischen Entwicklungspolitik [...] sein, geeignete Mechanismen und Modalitäten zur Unterstützung lokaler zivilgesellschaftlicher Organisationen und Akteur\*innen, vor allem aus dem Globalen Süden zu suchen.“ Damit einhergehen muss eine größere Bereitschaft des BMZ als Zuwendungsgeber, Risiken zu übernehmen.

Vorhaben in *Shrinking-Space*-Kontexten sollten nicht mit zusätzlichen Auflagen belegt werden. Sie sollten stattdessen mit mehr Möglichkeiten ausgestattet werden, so dass vor Ort mit den tiefgreifenden lokalen Herausforderungen flexibel umgegangen werden kann. Herausforderungen, die die Arbeit und Existenz unabhängiger zivilgesellschaftlicher Organisationen oder die von Menschenrechtsverteidiger\_innen bedrohen. Entscheidungskompetenzen und Risiken können so im Sinne einer feministischen und dekolonialen Entwicklungspolitik fairer und partnerschaftlicher verteilt werden.

7. **Zugänge für zivilgesellschaftliche Initiativen bei multilateralen Organisationen.** Zivilgesellschaftliche Organisationen benötigen unkomplizierte, partizipative, transparente und intersektionale Finanzierungsmechanismen auf Ebene multilateraler Institutionen. Der Anteil der Mittel, der von multilateralen Organisationen aufgewendet wird, um die lokale Zivilgesellschaft zu fördern, ist verschwindend gering. Deshalb müssen die Finanzierungsmöglichkeiten ausgebaut werden. Sie sollten so organisiert

sein, dass sie lokale zivilgesellschaftliche Anstrengungen nicht steuern, sondern fördern, unterstützen und schützen. Bislang sind viele multilaterale Finanzierungsmechanismen aufgrund eines hohen administrativen Aufwands oder wegen intransparenter Zuwendungsverfahren nur schwer zugänglich. Die administrativen Hürden verwehren kleineren Organisationen den Zugang.

Die Bundesregierung sollte ihre Einflussmöglichkeiten nutzen, in der Struktur und Arbeitsweise multilateraler Organisationen entsprechende Verbesserungen zu erzielen, damit Finanzierungsinstrumente ausgebaut werden und sich stärker an den lokalen Bedarfen orientieren.



# MITGLIEDSORGANISATIONEN

## A

@fire Internationaler Katastrophenschutz Deutschland e. V.  
action medeor  
ADRA Deutschland  
AGIAMONDO  
Aktion Canchanabury  
Aktion gegen den Hunger gGmbH  
AMICA e. V.  
ANDHERI-HILFE e. V.  
Apotheker helfen e. V.  
Apotheker ohne Grenzen e. V.  
Arbeiter-Samariter-Bund Deutschland  
Arbeitsgemeinschaft der Eine-Welt-Landesnetzwerke in Deutschland (agl)  
Arbeitsgemeinschaft Entwicklungsethnologie  
arche noVa  
Ärzte der Welt  
ASW – Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt  
AT-Verband  
AWO International

## B

Behinderung und Entwicklungszusammenarbeit (bezev)  
BONO-Direkthilfe  
BORDA e. V.  
Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst  
Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ)  
Bundesvereinigung Lebenshilfe

## C

CARE Deutschland e. V.  
Caritas International  
CBM Christoffel-Blindenmission  
Christian Blind Mission e. V.  
CHANGE e. V.  
ChildFund Deutschland  
Christliche Initiative Romero

## D

Dachverband Entwicklungspolitik Baden-Württemberg (DEAB)  
Das Hunger Projekt e. V.  
DED-Freundeskreis  
Deutsche Entwicklungshilfe für soziales Wohnungs- und Siedlungswesen (DESWOS)  
Deutsche Kommission Justitia et Pax

Deutsche Lepra- und Tuberkulosehilfe (DAHW)  
Deutsche Stiftung Weltbevölkerung (DSW)  
Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband  
Deutsch-Indische Zusammenarbeit e. V.\*  
Deutsch-Syrischer Verein e. V. (DSV)  
DGB-Bildungswerk BUND – Nord-Süd-Netz  
Difäm – Deutsches Institut für Ärztliche Mission  
Don Bosco Mondo  
DVV International – Institut für Internationale Zusammenarbeit des Deutschen Volkshochschul-Verbandes

## E

Eine Welt Netz NRW  
EIRENE – Internationaler Christlicher Friedensdienst  
Energypedia UG  
EPIZ – Zentrum für Globales Lernen in Berlin  
Erlassjahr.de – Entwicklung braucht Entschuldung  
Evangelische Akademien in Deutschland (EAD)

## F

Fairtrade Deutschland e. V. (früher: Transfair)  
Fairventures Worldwide  
FIAN Deutschland  
ForAfrika Deutschland (früher JAM)  
Forum Fairer Handel  
FUTURO SÍ

## G

Gemeinschaft Sant' Egidio  
German Doctors  
German Toilet Organisation  
Germanwatch  
GLS Zukunftsstiftung Entwicklung

## H

Habitat for Humanity Deutschland  
Handicap International  
Help – Hilfe zur Selbsthilfe  
HelpAge Deutschland  
Hilfe für Afrika e. V.  
Hoffnungszeichen / Sign of Hope  
humedica

## I

Indienhilfe  
INKOTA-netzwerk  
Internationaler Bund (IB)

Internationaler Hilfsfonds  
 International Justice Mission Deutschland  
 Internationaler Ländlicher Entwicklungsdienst (ILD)  
 Islamic Relief Deutschland

**J**

Johanniter-Auslandshilfe

**K**

KAIROS Europa  
 Karl Kübel Stiftung für Kind und Familie  
 KATE – Kontaktstelle für Umwelt und Entwicklung  
 Kinderhilfswerk Stiftung Global-Care  
 Kindernothilfe  
 Kinderrechte Afrika  
 KOLPING International Cooperation e. V.

**L**

Lateinamerika-Zentrum  
 Lesben- und Schwulenverband (LSVD)  
 Lichtbrücke  
 Light for the World

**M**

Malteser International  
 Marie-Schlei-Verein  
 matterna – Stiftung Frau und Gesundheit  
 medica mondiale  
 medico international  
 MISEREOR  
 Mission East Deutschland e. V.  
 Missionsärztliches Institut Würzburg

**N**

NETZ Partnerschaft für Entwicklung und Gerechtigkeit e. V.  
 Neuapostolische Kirche-karitativ e. V.  
 nph Kinderhilfe Lateinamerika e. V.

**O**

OIKOS EINE WELT e. V.  
 Ökumenische Initiative Eine Welt e. V.  
 Opportunity International Deutschland  
 ora Kinderhilfe international e. V.  
 OroVerde – Die Tropenwaldstiftung  
 Oxfam Deutschland

**P**

Partnership for Transparency Fund e. V. (PTF Europe)  
 Plan International Deutschland

**R**

Rhein-Donau-Stiftung

**S**

Samhathi – Hilfe für Indien  
 Save the Children Deutschland  
 Senegalhilfe-Verein  
 Society for International Development Chapter Bonn (SID)  
 SODI – Solidaritätsdienst International  
 SOS-Kinderdörfer weltweit  
 SOS Humanity\*  
 Stiftung Childaid Network  
 Stiftung der Deutschen Lions  
 Stiftung Entwicklung und Frieden (SEF)  
 Stiftung Kinderzukunft  
 Stiftung Nord-Süd-Brücken  
 Street Child Deutschland e. V.\*  
 SÜDWIND – Institut für Ökonomie und Ökumene  
 Susila Dharma – Soziale Dienste

**T**

Tearfund Deutschland e. V.  
 Terra Tech Förderprojekte  
 TERRE DES FEMMES  
 terre des hommes Deutschland  
 Tierärzte ohne Grenzen (ToG)

**V**

Verband Deutsch-Syrischer Hilfsvereine e. V. \*  
 Verband Entwicklungspolitik Niedersachsen (VEN)  
 Verbund Entwicklungspolitischer Nichtregierungsorganisationen Brandenburgs (VENROB)  
 Verein entwicklungspolitischer Austauschorganisationen e. V. (ventao)

**W**

W. P. Schmitz-Stiftung  
 Weltfriedensdienst  
 Weltgebetstag der Frauen – Deutsches Komitee  
 Welthaus Bielefeld  
 Welthungerhilfe  
 Weltladen-Dachverband  
 Weltnotwerk der KAB Deutschlands  
 Werkhof Darmstadt  
 Werkstatt Ökonomie  
 Westfälisches Kinderdorf e. V.  
 World University Service  
 World Vision Deutschland

**Z**

ZOA Deutschland gGmbH

\* Gastmitglied

VENRO hat aktuell 144 Mitglieder  
 (Stand: Juni 2023)



# IMPRESSUM

**Herausgeber:**

Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe  
deutscher Nichtregierungsorganisationen e. V. (VENRO)

Stresemannstraße 72

10963 Berlin

Tel: 030/2 63 92 99-10

E-Mail: sekretariat@venro.org

**Redaktion:** Lukas Goltermann

**Endredaktion:** Janna Völker

**Titelbild:** VectorMine/shutterstock.com

**Lektorat:** Silke Pachal

**Layout:** just in print

Berlin, Juli 2023

**VENRO** ist der Dachverband der entwicklungspolitischen und humanitären Nichtregierungsorganisationen (NRO) in Deutschland. Der Verband wurde im Jahr 1995 gegründet. Ihm gehören aktuell rund 140 Organisationen an. Sie kommen aus der privaten und kirchlichen Entwicklungszusammenarbeit, der Humanitären Hilfe sowie der entwicklungspolitischen Bildungs-, Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit.

Das zentrale Ziel von VENRO ist die gerechte Gestaltung der Globalisierung, insbesondere die Überwindung globaler Ungleichheit und weltweiter Armut. Der Verband setzt sich für die Verwirklichung der Menschenrechte und die Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen ein.

#### **VENRO**

- vertritt die Interessen der entwicklungspolitischen und humanitären NRO gegenüber der Politik
- stärkt die Rolle von NRO und Zivilgesellschaft in der Entwicklungspolitik und der Humanitären Hilfe
- schärft das öffentliche Bewusstsein für entwicklungspolitische und humanitäre Themen und für eine nachhaltige Entwicklung

VENRO – Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe deutscher Nichtregierungsorganisationen

[www.venro.org](http://www.venro.org)